

**Formblatt: Eigenerklärung zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten gemäß § 6 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)**

Als öffentlich-rechtliche Zweckverbände sind sich der ZRL, der ZVM und der ZWS ihrer ökologischen und sozialen Verantwortung bewusst. Die Grundsatzerklärung zu Menschenrechten gilt sowohl für alle Mitarbeitenden in allen Geschäftsbereichen der Zweckverbände, als auch für alle unmittelbaren Auftragnehmer und - innerhalb ihrer Einflussbereiche - für die weiteren Parteien in der Lieferkette. Es wird von allen Parteien der Lieferkette erwartet, dass sie die Menschenrechte im Einklang mit dieser Erklärung und nach Maßgabe des LkSG respektieren und sicherstellen.

Diese Erklärung ist von jedem Bieter vollständig auszufüllen, zu unterzeichnen und dem Teilnahmeantrag beizufügen. Bei Bietergemeinschaften ist dieses Formblatt von jedem einzelnen Mitglied der Bietergemeinschaft auszufüllen, zu unterzeichnen und dem Teilnahmeantrag beizufügen; dies gilt auch für Dritte, auf die sich ein Bieter/eine Bietergemeinschaft zum Beleg seiner/ihrer wirtschaftlichen und finanziellen oder technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit beruft (Eignungsleihe).

**Name des Bieters**

Der Bieter erklärt:

- ☐ Ich verpflichte mich/wir verpflichten uns zur Einhaltung der nach dem LkSG festgelegten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten. Bei der Feststellung etwaiger Verstöße oder unmittelbar drohender Verstöße gegen das LkSG im eigenen Geschäftsbereich oder bei einem unmittelbaren Zulieferer werde(n) ich/wir dies unverzüglich dem Auftraggeber melden und Abhilfemaßnahmen gemäß § 7 Abs. 1 bis 3 LkSG einleiten, die zur Beendigung, Verhinderung oder Minimierung der Verstöße führen.

Weiter erklärt der Bieter:

- ☐ Ich erkläre/wir erklären, dass ich/wir nicht in den Anwendungsbereich des LkSG fallen.
- ☐ Ich erkläre/wir erklären, dass nicht durch rechtskräftige Entscheidung festgestellt wurde, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen nach dem LkSG nicht nachgekommen bin/sind und dass insbesondere nicht wegen eines rechtskräftig festgestellten Verstoßes nach § 24 Abs. 1 LkSG eine Geldbuße nach § 22 Abs. 1, 2 LkSG gegen mich/und verhängt wurde.

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar durch eine rechtskräftige Entscheidung festgestellt wurde, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen nach dem LkSG nicht nachgekommen bin/sind, ich/wir aber zwischenzeitlich angemessene Abhilfe- und Präventionsmaßnahmen i.S.d. §§ 6, 7 LkSG sowie eine wirksame Selbstreinigung nach § 125 GWB vorgenommen und mein/unser Risikomanagement entsprechend angepasst habe(n). Entsprechende Nachweise hierüber werde ich/werden wir den Auftraggebern auf Aufforderung unverzüglich vorlegen.

**Mir/uns ist bekannt, dass die Nichtvorlage oder die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zu meinem/unserem Ausschluss aus diesem Vergabeverfahren oder zu einer Vergabesperre sowie zur Kündigung eines bereits geschlossenen Vertrages führen kann. Ich/wir verpflichte(n) mich/uns auch, die vorstehende Erklärung von Nachunternehmern zu fordern und diese zur Zustimmung des Auftraggebers vorzulegen, bevor die Beauftragung der Nachunternehmer erfolgt.**

**Ort, Datum:**

**Vollständiger Name des bevollmächtigten Erklärenden:**